

ALTERNATIVE - DRITTER WEG

für eine

MARKTWIRTSCHAFT ohne PRIVATKAPITALISMUS

und für einen

SOZIALISMUS ohne STAATSKAPITALISMUS

Nr. 85 - Anfang 2019 - Herausgeber Alternative Dritter Weg-A3W und Liberalsoziale Grüne

WOHIN 2019?

Immer tiefer in immer „ausweglosere“ ökonomische, ökologische und politische Krisen mit den Mitteln systemimmanenten Zwanges zum Wirtschafts- und Rüstungswachstum, der immer krasserer sozialen Zersetzung in arm und reich, immer stärkerer nationalistisch-autoritärer und entdemokratisierender Politik in Deutschland, Europa und weltweit?

Es ist sinnvoll den Gesamtzusammenhang all dieser und vieler anderer Krisen unserer und früherer Zeiten mit einer Äußerung von Vincent Cartwright Vickers auf den Punkt zu bringen: **„Dieses Finanzsystem und Demokratie sind unvereinbar. Eines muss dem anderen weichen, bisher immer die Demokratie dem Finanzsystem“**.

Vickers war englischer Groß- und Rüstungsindustrieller und als solcher von 1911-1919 Chef der Bank von England, als diese noch Schaltstelle des Weltkapitals war. Er diente dem Finanzsystem des Kapitalismus sein Leben lang. Er wusste also, wovon er in seiner Bekenntnisschrift schrieb, die er auf dem Totenbett seiner Tochter diktierte. Der Rudolf Zitzmann Verlag veröffentlichte sie unmittelbar nach dem Weltkrieg II. unter dem Titel **„Wirtschaft als Drangsal“**.

Hauptmachtmittel des Finanzkapitals war und ist neben der Entscheidungsfreiheit zu investieren oder nicht zu investieren, damals die Goldwährung. Die Bank von England ersuchte Deutschland nach geglückter Überwindung der Kriegs- Nachkriegsinflation mit der Rentenmark, diese **durch Erneuerung der Goldwährung aufzugeben**, denn „wenn es die Völker lernen, ihre Wirtschaften auch ohne Gold im Gleichgewicht zu halten, würde dieses für immer seinen Wert verlieren“. Die Bank besaß noch große Goldmengen. Deutschland erhielt mit dem Dawes- und Youngplan 1924 u. 1929 eine Goldanleihe zur Deckung der neuen Goldmark und wurde erneut an die goldene Kette gelegt. Die Übernahme der USA-Krise 1929 wurde damit unausweichlich, die direkt zu Hitler und zum Weltkrieg II führte.

Unabhängig davon, wer aus den Wahlen zum CDU-Vorsitz zur Bundestagswahl als Kanzlerkandidat/In hervorgeht, ist eine Verstärkung rechtskonservativer Tendenzen der CDU nicht zu übersehen: Mit der CDU wird es kein Aufweichen des kapitalistischen Charakters der Wirtschaft geben.

Das sollten alle politischen Kräfte bedenken, die mit der vermutlich wieder stärksten Partei des nächsten Bundestages, der CDU, koalieren wollen. Kein Problem hat die neoliberal/kapitalistische FDP. Das wird auch von der neuen CDU-Chefin nicht in Frage gestellt, als sie die CDU als „Volkspartei der Mitte“ definierte, womit sie verdeutlichte, den „Mittekurs der noch Bundeskanzlerin“, fortzusetzen. Auch Kanzlerin Merkel rüttelte **n i e** am Vorrang des Finanzkapitals bei der Verteilung des Wirtschaftskuchens **v o r dem Anspruch der Arbeit**. In drei Kanzlerschaften musste sie sozialen Forderungen der SPD etwas nachgeben ohne den

Vorrang der kapitalistischen Ökonomie vor Ökologie in der GRO-KO in Frage zu stellen. Das erläutern wir im gleichen Titel und machen im „Liberalsozialen 10 Punkte-Programm“ deutlich, **wie Ökologie vom Vorrang des Kapitals zu befreien ist**.

Wer der weiteren Bereicherung der wenigen Reichen und der zunehmenden Verarmung von immer mehr Armen bei immer schnellerem Abstieg des Mittelstandes und der rasanten Zerstörung des Weltklimas den Vorrang der Ökologie vor der Ökonomie entgegensetzen will, sollte erkennen, dass dies mit einer Partei nicht zu erreichen ist, für die seit 50 Jahren Bundesrepublik der Wachstums- und Rüstungszwang der Wirtschaft im Interesse der ununterbrochenen Vermehrung der Kapitalrenditen, gemessen als ZINS, auf mehr als 500 Mrd. EURO jährlich, also auf die Höhe eines Bundeshaushaltes, angewachsen ist.

SPD, GRÜNE und LINKE sollten klären, dass 2021 oder früher, nur eine Chance besteht, eine **CDU geführte Kapitalregierung** zu verhindern, wenn sie eine **Minderheitsregierung** gegen die Stimmen von CDU/CSU, FDP und AfD anstreben und dafür ein Mitte-Linksprogramm entwickeln, mit dem auch eine zweite Regierungsperiode zu erkämpfen ist, besonders wenn sie Elemente der von A3W vorgeschlagenen **liberalsozialen = antikapitalistischen Geld- Boden- und Steuerreform zur Entmachtung des Finanzkapitals enthält**, wie sie V. C. Vickers zur Sicherung der Demokratie für notwendig hielt und jetzt von den Ökonomieprofessoren Dirk Löhr, Uni Trier, Gerhard Senft, Uni Wien, Felix Fuders, Vorsitzender der INWO, im beil. Aufruf "**Stabile Währung durch Haltegebühr auf Geld**" vertreten wird.

Liberalsoziale Positionen wurden vom Kaufmann und Sozialreformer Silvio Gesell im Kampf gegen Inflationen und Deflationen entwickelt, 1916 im Hauptwerk „Natürliche Wirtschaftsordnung“ - NWO - zusammengefasst. Im April 1919, vor 100 Jahren, **suchte er sie als VOLKSBEAUFTRAGTER FÜR FINANZEN der libertären bayrischen Räterepublik umzusetzen**. In der Weltwirtschaftskrise wurde in regionalen Versuchen mit Gesells UMLAUFGELD die Arbeitslosigkeit stark gesenkt u. bewiesen, dass Umlaufgeld, auch Freigeld genannt, funktioniert. Statt sie in Deutschland und Österreich auszudehnen, **dort Krise und Aufstieg Hitlers zu stoppen, wurden sie verboten**. In USA setzte sich Prof. Irving Fisher und in England J. M. Keynes für Gesell ein und hier soll Ex-Leiter des Weltwirtschaftsinstituts Kiel, Prof. Harms, gesagt haben: **Gesell kamt man nur ablehnen, aber nicht widerlegen, was alle am A3W - 10-Punkte Programm versuchen sollten**.

GRO-KO: Weiter (kapitalistische) ÖKONOMIE vor ÖKOLOGIE !

Eine Personalie der neualten Großen Koalition zeigt, dass außer Hoffnungen, man erreiche die Klimaziele und komme ohne Fahrverbote aus, sich umweltpolitisch nichts ändert. Niemand hat gerechnet, dass Barbara Hendricks - best-eingearbeitete Umweltministerin gegen Svenja Schulze, vom SPD-Kohleflügel und Landeschef Michael Groschek mit dem Gruß "wir wissen, dass Du NRW im Herzen hast und behalten wirst" in dieses Ministerium gelobt wurde. Der „Spiegel“ 12/2018 wird wohl recht behalten: **Die Kanzlerin "erklärte Umweltpolitik zum Randthema: Maßnahmen gegen Klimawandel werden vertagt, Autokonzerne geschont"**

"Spiegel" und andere übersehen, dass kapitalistische Ökonomie Ökologie-Politik im Grundsatz unmöglich macht, weil das kapitalistische Rentabilitätsprinzip Dauer-Wachstum braucht. Sinkt die Kapitalrendite auf 3%- drohen weitere Investitionen in Realkapital die Renditen weiter in Richtung null zu senken. **In Bezug auf Rendite, gemessen als Zins, gibt es bereits Überproduktion an Kapital.** Es ist zwar gut für Unternehmer und Arbeiter, wenn der Zins sinkt. Erstere können billiger produzieren, letztere mehr für ihren Lohn kaufen, der bei sinkenden Zinsen in Richtung auf den vollen Ertrag ihrer Arbeit steigt, bei Zins null = 100% des Gesamtertrages der gesamten Arbeit, gemessen als BIP=Bruttoinlandsprodukt. Schlecht sind sinkende Zinsen für Kapitalanleger. Schon 3% sind ihnen zu wenig. **Immer mehr Anleger steigen aus weiteren Investitionen aus, die Konjunktur bröckelt, Wirtschaftskrise mit Arbeitslosen droht, der soziale Frieden ist gefährdet.**

Für den Staat und seine Träger, die Parteien, die lt. GG Art. 21 nur an der Willensbildung des Volkes, des eigentlichen Souveräns, mitwirken sollen, **wird Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen dann vorrangig, Ökologie wird, wie z.Zt., nachrangig.** Wenn sich das Kohlekapital in NRW in dortiger SPD wie CDU, in Brandenburg in SPD und LINKE, auch bundespolitisch durchsetzt wie bei Besetzung des Umweltministeriums, hat Ökologie wenig Chancen. Gilt auch für die Autobranche, die sogar von den GRÜNEN Baden-Württembergs gestützt wird. Kein Wunder, denn die in den 80er Jahren dort noch starke Strömung der Ökolibertären W. Kretzschmanns setzte auf der Tagung Bad Schlitz 1984 geldpolitisch auf das den Zins erpressende HORTGELD gegen das von den Liberalsozialen vom Verfasser vertretene UMLAUFGELD, das durch den ihm „eingebauten Angebotszwang" - Geld muss rollen, wenn wir leben wollen - den Zins zum Versiegen bringt, (von Bad Schlitz gibt es einen Text von 4 Seiten für Interessierte)

Im Rüstungswettlauf veralten neueste Tötungsverbesserungen schnell und zwingen die andere Seite zu noch „besseren" Waffen. Trotz Wiederverwendung entsteht immer mehr Rüstungsschrott. Ressourcen werden vergeudet. Friedenspolitik sehr erschwert, Bei Ausbruch des Friedens würden 1- bis 2 Mill. Rüstungsarbeiter, Soldaten, zivile Mitarbeiter arbeitslos. Insofern sagte Finanzminister Matthöfer unter W. Brandt, „Rüstung ist konjunkturpolitisch unentbehrlich."

Ökologie braucht eine vom Wachstums- und Rüstungszwang befreite Wirtschaft, die das kapitalistische Rentabilitätsgesetz ausschaltet. Das führt zum Zins um null, zum gewaltfreien Ende des Kapitalismus, zur ausbeutungs- wie krisenfreien Wirtschaft, ohne dass sich das Finanzkapital mit Geldstreik - Investitionsverweigerung - wehren kann. Jetzt kann erstmalig die Politik das Wirtschaftsvolumen bestimmen, auch aus ökologischen, friedenspolitischen und sozialen Gründen den Wirtschaftsumfang herabsetzen, ohne dass das machtlos gewordene Geldkapital Wachstum erzwingen kann. Alle sind aufgefordert das liberalsoziale 10-Punkte Programm von 2005, Antwort auf das rot-grüne Scheitern, zu widerlegen. Aber vorsichtig: Der Ex-Direktor des Weltwirtschaftsinstituts Kiel, Prof Harms, sagte zum Theorievater Silvio Gesell, man kann ihn nicht widerlegen, man kann ihn nur ablehnen! Georg Otto

alternative-dritter-wegOweb.de Unterstützungskonto IBAN:DE07 2501 0030 0250 042303-BIC:PBKNDE33
LIBERALSOZIALE GRÜNE u.ALTERNATIVE DRITTER WEG: 31079 Sibbesse, Gänsberg 11

J. M. Keynes, bedeutender Ökonom vor 100 Jahren, erwartete: „Die Zukunft werde mehr vom Geist Silvio Gesells lernen als von Karl Marx." Sein „rostendes" Geld führe zum „sanften Tod der Kapitalrentiers"!

Liberalsoziales Programm für einen freiheitlich-gerechten Weg aus der Krise des Kapitalismus und zur Überwindung dieses Systems. Das erstickt auch das Wiederaufleben von Politiken des zusammengebrochenen sog. Sozialismus.

1. Konsequente Ökosteuern verteuern Umweltverbrauch, Energie und entwertete Industrienahrung und verbilligen umwelt- und gesundheitsfördernde Produkte = Aufschwung in Bereichen wie regenerative Energie, Ökolandbau und Vollwertkost, die besonders arbeitsintensiv sind: **1/4 weniger Arbeitslose**

2. Gerechte Verteilung der Arbeit fängt die technologisch bedingte Arbeitslosigkeit auf. Der Produktivitätsfortschritt kommt allen durch kürzere Arbeitszeit = weniger Stress = mehr Gesundheit zugute: **1/4 weniger Arbeitslose**

3. Aktive Konjunkturpolitik durch umlaufgesichertes Geld treibt das bei sinkender Kapitalrendite streikende Geld, sowie Spekulationsgelder (gekoppelt mit Devisenumsatzsteuer, sog. Tobinsteuer) in Arbeitsplätze schaffende Investitionen, auch dann noch, wenn als Folge der Zins in den Nullbereich sinkt. **1/2 weniger Arbeitslose**

Diese Maßnahmen führen zu Vollbeschäftigung und sichern sie sozial und ökologisch ab.

4. Umlaufgesichertes Geld senkt den Zins für das Kapital in Richtung null = die Arbeitslöhne steigen auf den vollen Arbeitsertrag, altes sozialistisches Ziel seit Gründung der SPD vor 151 Jahren. **Das beendet die soziale Spaltung des Volkes in arm und reich, in Zinszahler und Zinskassierer. Künftig entstehen Vermögen nur noch aus eigener und nicht mehr aus ausgebeuteter Arbeit anderer.**

5. Umlaufgesichertes Geld **entmachtet das Finanzkapital und ermöglicht hohe Besteuerung nicht leistungsgerechter großer Einkommen und Vermögen als Lastenausgleich für die in 50-jähriger Herrschaft des Kapitals nach dem Kriege angerichteten Sozial-, Kultur- und Ökoschäden.** Umlaufgesichertes Geld durch eine Gebühr **nur** auf gehaltenes/gehortetes Geld von ca. 5 - 10% im Jahr senkt die Kapitalsubstanz der großen Geldbesitzer und zwingt sie diesen Verlusten durch Investitionen statt Spekulation und Hortung aus dem Weg zu gehen - d.h. **jetzt müssen sich die Kapitalisten den ZINS-AST absägen, auf dem sie mit Hortgeld sitzen!**

6. Punkt 1-3 stellen Vollbeschäftigung her und entlasten den Staat von den Kosten der Arbeitslosigkeit (ca. 40 Mrd. EURO im Jahr) **Eingehende Steuern ermöglichen die Rücknahme der unsozialen Gesundheitsreform, des unsozialen HARTZ IV Gesetzes und, weil sich das Kapital nicht mehr durch Geldstreik wehren kann, eine Steuerreform mit starker Entlastung unten und hohen Belastungen oben,** also genau umgekehrt wie unter Helmut Kohl und unter Gerhard Schröder. Mittelfristig ist das Steuersystem umzubauen: Statt Besteuerung der Arbeit - Besteuerung des Verbrauchs, bei Minisätzen für notwendige Waren, hohen Sätzen für Luxus. Die Bürokratie der Lohn- und Einkommenssteuer fällt weg. Schwarzarbeit gibt es nicht mehr, weil nicht mehr die Arbeit, sondern der Verbrauch besteuert wird, das heißt der „Schwarzarbeiter“ bezahlt in den Ziegelsteinen und dem Zement die Verbrauchssteuern!

7. Mit dem Zins baut die Umlaufsicherung den **Wachstums und Rüstungszwang ab und ermöglicht bei Vollbeschäftigung (Punkt 1) eine Wirtschaft im**

ökologischen Gleichgewicht durch Verzicht auf zahlreiche, bei Machtlosigkeit der Konzerne zu verbietende Schadprodukte, wie Rüstung, Atomenergie, giftige chemische Substanzen, große Teile der GEN-Forschung und GEN-Produkte, vor allem in Lebensmitteln. Schadproduktionen werden heute - unter ZINSZWANG - in immer neuen „Innovationsschüben“ zur Kapitalvermehrung durchgepeitscht. Bei Umlaufgeld vermehrt sich Kapital nicht mehr durch Zinseszins. So sind viele „Innovationen“ überflüssig, **Wachstums- und Rüstungszwang fallen weg. Eine Öko- und Friedenspolitik wird möglich!**

8. Ein ökosoziales Bodenrecht beendet die Bodenspekulation und sichert den Boden vor Raubbau. Wertsteigerungen privater Böden, die nicht durch Arbeits- und Kapitaleinsatz des Anwenders entstehen, sind abzuschöpfen. Öffentliche Böden werden nur noch verpachtet - gegen ökosoziale Auflagen, auch in Erbpacht. Künftiger Wertzuwachs verbleibt der Allgemeinheit. Bodenfonds der Länder kaufen angebotene Böden als öffentliche Bodenreserve auf und verpachten diese nur. Ein internationaler Bodenfonds verwaltet die Rohstoffe der Erde für die gesamte Menschheit und schaltet so Kriege, wie um Afghanistan und Irak, aus.

9. Aus den abzuschöpfenden Bodenwertsteigerungen ist ein Erziehungsgehalt zu finanzieren. Ein wichtiger Schritt zum Umbau unserer kinderfeindlichen in eine kinderfreundliche Gesellschaft. Für 1983 berechnete Helmut Creutz die Wertsteigerungen in der Alt-BRD. Sie hätten gereicht für jedes Kind/Jugendlichen bis zu 18 Jahren ein Erziehungsgeld von 700 DM pro Monat zu zahlen. Heute dürften es über 1000 DM = 500 Euro sein, was viele Probleme in Familien, Partnerschaften und für Alleinerziehende mildern würde. Kostenlose Kindergärten z. B. und vieles andere mehr sind um ein Vielfaches aus der wegfallenden Rüstung zu finanzieren.

10. Ein Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeitsgesetz bewertet künftige und laufende Produktionen und Waren. Das ist wichtig für ihre Versteuerung und Verbilligung, Punkt 1, für Öko- und Gesundheitsauflagen und evtl. Verbote, Punkt 6/7.

Dieses Programm steht auch in Einzelpunkten den Kandidaten, künftigen Abgeordneten und Parteien des nächsten Bundestages zur Verfügung. Diese sollten darüber mit der A 3 W - ALTERNATIVE DRITTER WEG - Bürgerinitiative für Arbeit, Gerechtigkeit, Gesundheit, Umwelt und Frieden schon jetzt beraten und ihre Meinung mitteilen, damit wir diese den Wählern vermitteln können. Wer diesen Text erhält, sollte ihn breit verteilen, dazu Kopien und Drucke herstellen oder bei uns anfordern, **durch Spenden wie durch Mitgliedschaft die Arbeitsgrundlage von A 3 W auch für die Zukunft verbreitern.** Viermal im Jahr informiert die Zeitschrift ALTERNATIVEN mit Literaturübersicht, Tagungen über diese Fragen. Probenummern, weitere Informationen durch

**LIBERALSOZIALES BÜRO, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11
T: 05065/8132 . Spendenkonto: G. Otto Nr. 25 00 42-303 Postbank Hannover, BLZ 250 100 30. Mail: alternativ-dritter-weg@web.de - Homepage: www.alternativen.biz.**

Probeexemplare ALTERNATIVEN, Programm/Satzung von A3W € 2,- "Die Zukunft des Geldes € 1,50" "Einfache - gerechte Steuerreform € 2,-" "Warum Marx scheitern musste E. 3,-//Warum der dritte Weg der PDS in die Sackgasse des Sozialkapitalismus führt € 3,-//Geld ohne Zins und Inflation € 9,-//Das Geldsyndrom € 19,-// Der Nebel um das Geld € 18,-//Tanz um den Gewinn € 19,50. Wirtschaft-Rüstung-Krieg € 4,-//Freigeld von Wörgl € 17,-//Modellversuch mit Sozialpflichtigem Geld u. Boden € 8,50 Regionalwährungen, Wege zu nachhalt Wohlstand € 19,50.

Preise mit Versandkosten - Kleinbeträge auch Briefmarken

Zur Diskussion um die Reform der Grundsteuer, die aus Sicht einer Reform des Bodenrechts unter dem Motto „Der Boden gehört allen“ erstrebt wird.

Das jetzige Verfahren wurde vom BVG-Bundesverfassungsgericht als ungerecht und daher verfassungswidrig verworfen. Der Gesetzgeber wurde aufgefordert bis Ende 2019 ein verfassungsgemäßes Gesetz zu beschließen. Dieses muss auch die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen sichern, denn diese Steuer ist bundesweit ihre einzige Steuer. Lange von Parteien und Regierung verschleppt, kam die Debatte über den Entwurf von Finanzminister Olaf Scholz in Gang, der auch in seiner Partei, der SPD, umstritten ist und von der CDU heftig kritisiert wird.

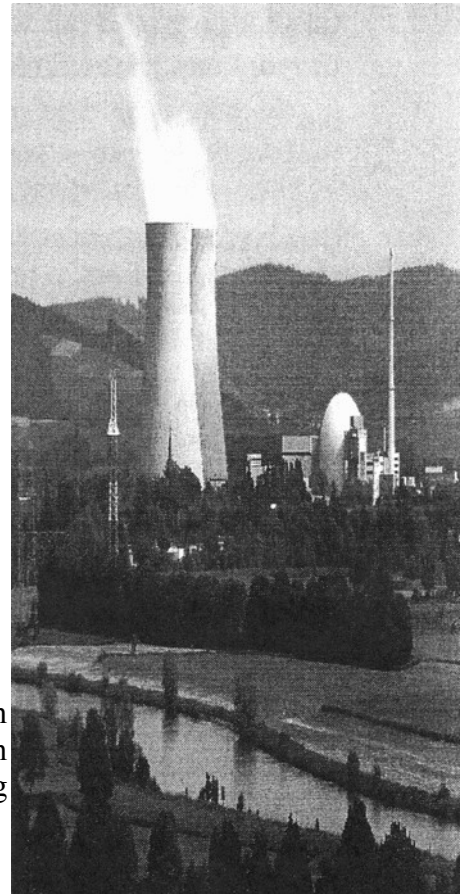
Für Anhänger einer Bodenrechtsreform im in der Überschrift angedeutetem Sinne, ist in einer neuen Bodensteuer nicht nur die Sicherung der Gemeindefinanzen, sondern auch die Erleichterung einer späteren grundsätzlichen Reform des Bodenrechts wichtig. Sie haben dazu einen eignen Vorschlag zur Grundsteuerreform vorgelegt und ihn Mitte Januar an alle Bürgermeister verschickt, um diese für ihren Entwurf zu interessieren. Sie brauchen auch die unterschriftliche Unterstützung vieler Bürger und Bürgergruppen. **A3W-ALTERNATIVE DRITTER WEG unterstützt und verbreitet ihn in ihrer gleichnamigen Zeitschrift und als Werbeblatt, das gerade jetzt viele der 36 Millionen Grundeigentümer und die noch größere Zahl Mieter interessieren dürfte.** Wie diese Reform gestaltet wird, entscheidet wie die Betroffenen zur Kasse gebeten werden. Ein Kommentator, Thomas Öchsner von der SZ, Süddeutsche Zeitung, hat daher schon gefragt, warum Eigentümer die Grundsteuer, die ja eine Steuer auf das Eigentum am Boden ist, überhaupt und unter welchen Bedingungen an die Mieter weitergeben und meinte, auch das sei nicht gerecht und könnte das BVG veranlassen auch dies Reform als nicht verfassungsgerecht abzulehnen. **Es gib viele weitere Gründe zu sagen, wenn schon Reform, dann aber gerecht und mit der Verfassung übereinstimmend.**

Die CDU-Bundestagsfraktion nennt den Scholz-Entwurf ein „Bürokratiemonster“ gegen das sie eine, auch von der Immobilienwirtschaft befürwortete „Flächensteuer“ ins Feld führt: Sie besteuert eine geringwertige Immobilie an einer Randlage genauso wie eine hochwertige in zentraler Lage, wenn nur die Fläche dieselbe ist. Dagegen läuft die SPD-Fraktion Sturm, eine vielleicht 500 000-wertige Immobilie wie eine millionenschwere zu besteuern. Gegen die gegenseitige Blockade beider Regierungsparteien will Schleswig-Holsteins Finanzministerin Monika Heinolds (GRÜNE) ein an den Bodenrichtwerten und Pauschal-Mieten ausgerichtete Grundsteuer. Viel mehr ist noch nicht bekannt. **Auch das wenige werfe viele Fragen auf, so Prof. Dirk Löhr, Fachhochschule Trier, und ein Wortführer der Initiative „Grundsteuer zeitgemäß“ (www.grundsteuerreform.net).**

So fordere das BVG im Urteil vom 10. 4. 2018 , der Belastungsgrund müsse benannt und gleichheitsgerecht umgesetzt werden und solle existierende Steuern wie Einkommenssteuer und der zwar ausgesetzten, aber weiter bestehenden Vermögenssteuer entsprechen.

Die Quadratmetermiete in München kann nicht dieselbe wie im bayrischen Wald sein, die für Einfamilienhäuser kann nicht derjenigen einer Mietwohnung entsprechen. Löhr fragt: Wie soll eine Vereinfachung stattfinden? Hier werden Heinold und Scholz zu differenzieren haben.

In beiden Fällen muss die Miete auf eine Fläche angewendet werden. Nutz- oder Wohnfläche. Hier, so Löhr, liege der Hase im Pfeffer. Die angeblich so einfache Flächenermittlung, die teils Eigentümer und Mieter vornehmen sollen, auch die von der CDU vertretene Flächensteuer ist auch



nicht einfach. Die Übernahme der Berechnungen der Einheitswerte bietet keine Lösung, da gerade sie und in den neuen Bundesländern die Werte von 1936 Gegenstand der Kritik des BVG sind. Ein Übel sei, die Steuerpflichtigen mit der Ausmessung der Flächen zu belasten, zumal unsicher ist, dass steuerrelevante Flächen mit denen der Baupläne identisch sind. Man mache sich, so Löhr, die Mühe bei Industrieanlagen Betriebsvorrichtungen auszusondern und die Fläche der Gebäude zu errechnen. Er zeigt in seinem Papier das Bild eines Kraftwerkes. Es wird hier durch ein Bild des Atomkraftwerks Grohnde bei Hameln (vorige Seite), das kurz vor der Abschaltung nach vielen Störungen steht. Vor 40 Jahren, zu ersten grünen Wahlen zum Kreistag Hildesheim 10/77 und ½ Jahr später zum Landtag Niedersachsen führte es zum Austritt von Liberalsozialen aus der SPD, als diese ihren Vorschlag mit Umlaufgeld Silvio Gesells den Kapitalismus aufzulösen und die für Wachstum nötigen 50 Atomkraftwerke zu stoppen, ablehnte, sie vielmehr gegen den Widerstand ihres Experten Prof. Bechert, Sprecher des Umweltausschusses des Bundestages, genehmigte.

Olaf Scholz-Vorschlag will die nicht zu ermittelnde Miete von Betrieben durch Sachwertermittlung in Anlehnung an Wertermittlung der ImmoWertV eine Marktanpassung mit typisiertem Liegenschaftszins ersetzen. **Löhr: Ohne diese Verkomplizierung entferne man sich von den Verkehrswerten, was gegen das Gebot realitäts- und gleichheitsgerechter Umsetzung des Belastungsgrundes (BVG) verstoßen könnte.** Es bleibt abzuwarten, was die grüne Seite nachschiebt, wie sie die Probleme, an denen Scholz zu scheitern droht, aus der Welt schaffen will. Bedauerlich, dass sie nicht erkennen, **dass die Problematik der Grundsteuer in der Erfassung der Gebäude liegt und es um mehr als Sicherung der Einnahmen der Gemeinden geht: Um Weichenstellung zur Entlastung von Arbeit und produktiven Investitionen (auch ihres Greenplanes,), statt zu höherer Belastung von Land und Natur.**

Dirk Löhr: Das Mittel dazu wäre die von der Initiative „Grundsteuer Zeitgemäß“ vorgelegte Bodenwertsteuer. Der Vorschlag ist ausgereift, praktisch erprobt, theoretisch durchdacht von mehr als 10 Wirtschaftsnobelpreisträgern. Aber das Motto lautet offenbar: Warum einfach, gerecht, effizient, wenn es auch kompliziert, ungerecht und ineffizient geht.

In der Diskussion stimmt Thomas Öchsner, SZ, weitgehend mit der Initiative überein, legt eine Menge von Scheitern Einzelheiten der Pläne von Scholz und CDU offen und sagt abschließend „lieber am Bodenwert ansetzen mit Anreiz erschlossene Böden zu bebauen, so das Wohnungsangebot erhöhen, statt mit Boden spekulieren. Die Kommunen könnten dann Teilgewinne der Eigentümer abschöpfen für besserer Infrastrukturen, was auch diesen zugute käme.

Inzwischen ein grüner Nachschub: Finanzministerin Edith Sitzmann, Baden-Württemberg, will „eine wenig streitanfällige, faire, einfache, mit geringem Aufwand machbare Lösung.“ Mit der Bodenwertsteuer wäre das erreichbar. Beate Bockting vom INWO-Vorstand (Initiative Natürliche Wirtschaftsordnung nach Silvio Gesell) meint zur SZ: Nicht schlecht, solche Beiträge können wir jetzt gebrauchen. Wenn schon Reformen dann richtig und gerecht.

Der „Spiegel“, Nr. 5/26. 1. 19, bringt eine Übersicht über Modelle und sagt in der Schlussbetrachtung zum Bodenwertmodell, in dem „einige Ökonomen den Königsweg sehen“, sein Vorteil ist, dass die Finanzämter die Werte nicht aufwendig ermitteln müssen. „Gutachterausschüsse sammeln Daten aller Immobilienverkäufe der Region, bekommen die Verträge von den Notaren automatisch. In den Bodenrichtwertinformationen (Boris) der Länder sind sie im Internet grundstücksgenau abzurufen“. Dennoch räumt die Zeitschrift dem Modell keine großen Chancen ein. „Eigner großer Einfamilienhäuser und unbebauter Böden müssen kräftig draufzahlen.“ Letzteres wird vom Modell auch beabsichtigt. Selbst im kleinen Eberholzen werden einige Böden von der Bebauung zurückgehalten, weil sie bisherige Generationen nicht brauchten, die Gemeinde aber, also alle Steuerzahler, die Erschließungskosten aufbrachten wie für längst bebaute Grundstücke. Der Grundstückslobby arbeitet die Initiative GRUNDSTEUER ZEITGERECHT mit Unterschriften von der Reform betroffenen Eignern, Mietern, Bürgermeistern und Verbänden entgegen. Adresse: www.grundsteuer.net

Diese 2 Seiten bei alternative-dritter-weg@web.de zu Ihrer Werbung für ein gerechtes Modell gegen Spende anfordern oder selbst kopieren. Bodenreformbücher bietet A3W an: Henry George „Fortschritt und Armut“ Ursache industrieller Krisen und Armut bei zunehmendem Reichtum, Einleitung von Dirk Löhr, 514 S. € 22,80 und „Friede auf Erden“, Hochformat, 181 S. € 21,50 von Traugott Strung. Beim Verbringen des Textes aus der DDR in die BRD wurde er verhaftet, wegen staatsfeindlicher Hetze zu 5 Jahren verurteilt. Der Autor will Böden gegen ökosoziale Auflagen verpachten und wie Gesell den Ertrag als Kinder/Muttergeld ausschütten. Das Buch beginnt mit Henry George, Vater der Bodenreform, dem Irrweg Adolf Damaschkes, Silvio Gesell, Theoretiker des Zinses, wendet sich aber gegen dessen vorübergehende Bodenverstaatlichung, will dagegen wie der aus der DDR geflohene Bodenexperte HKR-Müller den Bodenzins wegsteuern und die Böden erbrechtlich verpachten. Von HKR-Müller gibt es einen Gesetzentwurf für Landesbodenfonds und Entwurf einer Grundrenten-zuwachsabgabe zu € 5,-. Seine „Grundfragen der Volkswirtschaftslehre“ benutzte ich im Unterricht. Die 95 Seiten würde ich gern nachdrucken, brauchte dafür einen gut erhaltenen Text, meiner reicht dafür nicht mehr. Wer sendet ihn mir? Georg Otto 31079 Sibbesse, OT Eberholzen, Gänseberg 11

SPD WILL HARTZ IV DURCH BÜRGERGELD ABLÖSEN! SPRENGT DAS DIE GRO-KO SCHON VOR 2021?

POLITIK WECHSEL JETZT! Über Grundgesetz Art. 63. 4: Im dritten Wahlgang ist als Kanzlerin/Kanzler gewählt, „wer die meisten Stimmen erhält“.

Aus Aktualität wird die Seite Liberalsoziale Hochschulgruppe der FU- Berlin vertagt. Auf Einzelheiten des SPD-Vorhabens ist hier nicht einzugehen. Die für einen POLITIKWECHSEL nötigen Partner bringen eigene Vorstellungen zum Bürgergeld ein, dass nicht erst jetzt und nicht nur von der SPD in die Diskussion gebracht wurde. Dabei hängen auch andere Fragen in der Luft, wie finanziell tragbarer Wohnraum, neue Arbeitsplätze in einer Zeit, in der Wirtschaftsprognosen tiefer gesetzt werden. Bei uns von der GRO-KO von 1,8 auf 1,0% für 2019 = kleinstes Plus seit 2013. Und die schwarze Null beim Haushalt soll lt. Finanzminister Olaf Scholz auch nicht erreichbar sein, sondern ein Finanzloch von über 20 Mrd. klaffen. Dabei wird das Minus maroder Infrastrukturen bei Bahn, Straßen, Brücken, im Sozialen, bei Gesundheit, Kindern, Senioren und Umwelt immer größer Diese Minusbilanz ist auch eine der SPD, von der es zwar 2013 auch große Steuerpläne gegen das große Geld gab wie von GRÜNEN und LINKEN - aber **k e i n e** von ihnen legte ein Konzept vor, wie der Widerstand des großen Geldes z.B. gegen den Angriff der LINKEN mit 130-140 Mrd. Steuern, die damals größte genannte Zahl, auszuschalten ist. Lag dem großen Geld, das der mehrfach in dieser „ALTERNATIVE“ genannte Großkapitalist Vincent Cartwright Vickers das FINANZKAPITAL nannte, das bisher immer DEMOKRATIE ausschaltete, die damalige Höchstsumme bereits im Grenzbereich, den zu überschreiten es nicht dulden wollte und mit seiner schärfsten Waffe GELDSTREIK beantwortete? Das heißt in Praxis: „Alle Räder stehen still, wenn es das Kapital nicht will! Ein deutscher Interessenvertreter des Kapitals, damals Präsident des BDI-Bundesverband Deutscher Industrie, brachte es auf die Formel. „Das Kapital **muss a n g e m e s s e n** bedient werden, sonst stellt es sich nicht zur Verfügung“.

Mit dieser Machtstellung des Kapitals beherrscht es nicht nur die Arbeit, sonder erpresst auch den Kapitalertrag, den ZINS und damit Armut und Reichtum in Höhe von ca. 500 Mrd. im Jahr, etwa einem Jahreshaushalt des Bundes. Wollen SPD, GRÜNE, LINKE erfolgreich regieren, müssen sie ein UMLAUFGELD einführen, das nicht zu horten ist. Natürlich bedarf es weiterer Reformen, z.B. im Bodenrecht, die in „ALTERNATIVEN“, behandelt werden.

Oder ist das liberalsoziale Kurzprogramm auf Seite 4 doch widerlegbar, dann erwarten wir die WIDERLEGUNG gern: mail: alternative-dritter-weg@web.de. Lt. Tageszeitungen v. 12.2. soll es einen Nahles-Effekt von 17% für die SPD geben. Lt. Internet war letzter SPD-Stand vom 9.2. 15,5%. Für die neue CDU-Chefin gab es Mitte Dez. einen Effekt von 3%, der am 1.1. weg war. Seither liegt die CDU beim Mittelwert von 30%. Wie lange hält der Nahles-Effekt an?

Ergänzung: Ein Umlaufgeld, das Geld auch bei ZINS um null zu Investitionen wegen der HALTEGEBÜHR zwingt und damit den Geldkreislauf schließt, **die eigentliche des Funktion des Geldes**, funktioniert nicht ohne gleichzeitige steuerliche Erfassung von Bodenwertzuwachsen, die meist durch Investitionen der Kommunen entstehen, aber privat genutzt werden. Das zeigt sich schon heute als Auswirkung der fehlerhaften Politik der EZB, die den Sparerzins soweit absenkte, dass Boden zum **Anlageobjekt wurde und Bodenpreise und Mieten in die Höhe treibt**, so dass Mieten zu 70-80% aus Geld/Bodenzins bestehen und den sozialen Wohnungsbau gefährden. **Die Befreiung der Urmonopole Geld und Boden vom ZINS hilft auch zweitrangige Monopole der Konzerne und Großbanken aufzulösen!**

Vor 100 Jahren: Gesell in der ersten bayrischen Räterepublik

Gegen Ende des Weltkriegs waren die Matrosenaufstände in Wilhelmshaven und Kiel das Signal zur Erhebung der Soldaten und Rüstungsarbeiter. Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen in vielen Regionen die öffentliche Gewalt. Dies war der Boden, auf dem der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann am 9. November 1919 vom Reichstag in Berlin die Republik ausrief, bevor ihm der sich auf den Spartakusbund stützende Karl Liebknecht zuvorkam.

In diesen Wochen erhob der Sozialreformer Silvio Gesell das Wort, dass trotz aller Beschwörungen, den Krieg ein für allemal zu ächten, in spätestens 25 Jahren ein noch schlimmerer Krieg ausbricht, wenn nicht eine neue Geldordnung die Grundlage für den Weltfrieden legt. Seine Mahnung verhallte in den Machtkämpfen zwischen verschiedenen politischen Gruppen, vor allem den Anhängern einer parlamentarischen Demokratie, die sich als neue Regierung auf die noch weitgehend politisch am gestürzten Kaiserreich orientierte Reichswehr stützte und Vertretern einer sozialistischen Räterepublik andererseits. In Berlin wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 14. 1. 1919, in Bayern Kurt Eisner, nach 100 Tagen Ministerpräsidentschaft, am 21. Februar, in beiden Fällen von rechten Attentätern ermordet.

Gesells Berufung: Der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte rief am 7. April die libertäre Räterepublik Bayern aus, die von Ernst Niekisch (USPD), dem Kulturanarchisten Gustav Landauer und dem Lyriker Erich Mühsam geführt wurde. Sie schlugen den Kaufmann und Sozialreformer Silvio Gesell als Volksbeauftragten für Finanzen vor, der dann vom Zentralrat berufen wurde.



Karl Polenske



Theophil Christen



Silvio Gesell

Gesell begann sofort die Vorbereitung der stabilen Währung, der Bodenrentenabgabe zugunsten der Mütter und Kinder, der Vermögensabgabe zur sozial gerechten Finanzierung der Kriegslasten.

Ihm stellten sich Dr. phil. Theophil Christen und der Jurist Prof. Polenske zur Verfügung. Der Schweizer Arzt und Mathematiker Christen wirkte an einem Strahlenforschungsinstitut in München. Prof. Polenske hörte über die Presse von Gesells Ernennung und reiste sofort von Greifswald, wo er in der USPD und in der Universität wirkte, nach

München. Er arbeitete als Rechtsberater und vor allem für die Werbung mit, Christen als Rechnungsbeirat. Allen war

klar, dass sie ihre Reformen nicht nur gestützt auf den Zentralrat, sondern auch gestützt auf eine breite Mehrheit in der Bevölkerung durchführen mussten. Der erste Erlass aus dem Volkshaus für Finanzen an die Presse war daher eine Grundaufklärung des Volkes über die neue Währungspolitik.

"Trotz des heiligen Versprechens der Völker, d. Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz des Rufs der Millionen: 'Nie wieder Krieg', entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich es sagen:

Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft beibehalten wird, so wage ich es heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen.

Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. In den unzufriedenen Massen werden wilde revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein."

Gesell warnte die Reichsbank schon im Kriege vor ihrer Inflationspolitik, die

sie nach dem Krieg fortsetzte. Ihm war klar, dies ende in der Enteignung des Mittelstandes, der Kleinsparer und treibe sie politisch nach rechts. Am dritten Tag telegraphierte er der Reichsbank: **„Der Abbruch diplomatischer Beziehungen zwischen Räterepublik und Reich stellt uns vor die Frage, in Bezug auf die Währungen selbständig vorzugehen. ... Dies würde den Wiederanschluss erschweren. Ich saniere mit durchgreifenden Mitteln die Währung, verlasse die systemlose Papiergeldwirtschaft und gehe zur absoluten Währung über und bitte um Ihre Stellungnahme“.**

München, 10. April 1919 Silvio Gesell, Volksbeauftragter für Finanzen der Räterepublik Bayern.

Das Telegramm erschien in der gesamten Reichspresse - Reichsbankchef von Havenstein telegraphierte zurück: „Ich warne Sie vor Experimenten!“ Rolf Engert, der dies in München miterlebte und auf dessen Buch „Silvio Gesell in München 1919“ dieser Artikel beruht, schrieb dazu: „In einem Augenblick, da selbst der verzweifeltste Versuch, der Katastrophe Einhalt zu tun, besser wäre als tatenloses Zuwarten, wagte man es, den einzigen Fachmann auf diesem Gebiet, der seine Hilfe selbstlos in den Dienst des Ganzen stellte, vor „Experimenten“ zu warnen, während man selbst - **in den Inflationsabgrund hineinraste!**“

Akut galt Gesells Arbeit dem Wiederankurbeln der Wirtschaft, der Sicherung des täglichen Lebens besonders für Alte, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene von Gefallenen. In der ersten Verlautbarung hieß es, die Bürger müssen „von der Währung eines Landes verlangen, dass die Kaufkraft des Geldes dauernd gleich bleibt, dass das Geld währe“.

Reformarbeit unter schwierigen Bedingungen: Am 13. April wurden Gesell und Mitstreiter zum ersten Mal verhaftet. Sie vermuteten, München sei in die Hand der Bamberger Exil-Regierung gefallen, telegrafierte an Ministerpräsidenten Hoffmann und bat ihn, ihr Wirtschaftsprogramm zu prüfen und sie mit der Ausführung zu beauftragen. Es war ihr Bemühen, bei der Zuspitzung der Lage „mit einem durchdachten Wirtschaftsprogramm den sachlichen Boden für eine Verständigung zu schaffen“, so Christen. In der Nacht gab es erneut Kämpfe und die drei wurden von den jetzt siegreichen roten Garden auf freien Fuß gesetzt. Am anderen Tage arbeiteten sie im Ministerium an der großen Vermögensabgabe weiter. Doch am Nachmittag teilte der Zentralrat mit, Gesell sei seines Amtes enthoben. Im Zentralrat erzielte die kommunistische Gruppe um Levine die Oberhand und übernahm die Regierung als zweite Räterepublik. Noch am Morgen hatten Gesell und seine Mitarbeiter für den Zentralrat und die Betriebsräte ein Aktionsprogramm ausgearbeitet, dessen Hauptpunkt eine gestaffelte Vermögensabgabe war:

1) Allgemeine große Vermögensabgabe zur Finanzierung folgender Aufgaben:

- a) Sicherung ausreichender Fürsorge für alle Kriegsbeschädigten unter Erweiterung dieses Begriffes auf alle gesundheitlich oder seelisch Geschädigten;
- b) Sicherung gerechter Fürsorge für alle Arbeitslosen und für alle, die durch den Krieg in Not gerieten und noch geraten werden;
- c) Sicherung der Fürsorge für Hinterbliebene;
- d) Aufteilung des Großgrundbesitzes und Erstellung von Heimstätten für städtisches/ländliches Proletariat. Beschaffung von Nutzvieh und Arbeitsgerät für Heimstätten;
- e) Tilgung der Staats/Gemeindeschulden.

2) Einhergehend mit diesen finanziellen Aktionen soll mit grundstürzenden Reformen volkswirtschaftlicher Natur dem Kapitalismus zu Leibe gerückt werden, so dass seine Rückkehr immer ausgeschlossen bleibt:

- a) Durch Freigeld soll die allgemeine Zinswirtschaft in natürlicher Entwicklung abgebaut werden.
- b) Durch Freiland sollen die Grundrenten in die allgemeine Mütterkasse geleitet - allen Frauen eine Monatsrente für alle ihre Kinder ausgerichtet werden - die Mütter sollen an Stelle der Grundrentner treten.

Verhaftung wegen Hochverrats: Nach einer Woche wurden die roten Garden von der Reichswehr besiegt. Gesell und seine Mitarbeiter wurden mehrfach festgenommen und freigelassen. Polenske gelang es, nach Bamberg zu entkommen, wo er Kontakt mit der Landesregierung aufnehmen wollte, während Rolf Engert in München die Verteidigung seiner Freunde vorbereitete. Für den Anwalt stellte er aus Christens Wohnung Unterlagen über die Arbeit im Finanzhaus zusammen, auch ein von der kommunistischen Räteregierung gestopptes Radiotelegramm, mit dem Gesell zur internationalen Valutakonferenz einlud. Aus Christens Tagebuch erfuhr Engert viel über die Arbeit im Finanzhaus. So besuchten Christen und Gesell nach ihrer Absetzung die Witwe Kurt Eisners, wo sie den schwer angeschlagenen Gustav Landauer und Erich Mühsam trafen. Kurze Zeit später sollte Gesell, erneut in einer Gefängniszelle, hören, wie sein Gefährte Landauer von einem Soldaten- und Zivilistenmob ermordet wurde. Auch die standrechtliche Erschießung Levines, Führer der kommunistischen Räteregierung, erlebte er aus der Zelle.

Gesells Verteidigungsrede - eine Anklage gegen Staat und Reichsbank!: Während der Inhaftierung hatte Engert überlegt, wie er Gesell aufmuntern konnte, und mit einem wieder einmal freigegebenen vegetarischen Lebensmittelpaket eine Reclamausgabe von Shakespeares „Kaufmann von Venedig“ in die Zelle geschmuggelt. Als es Gesell öffnete, schlug er gerade die Stelle auf, die für ihn treffend war und die er dann als Motto seiner Verteidigungsrede voranstellte: „Dies ist der Narr, der Geld umsonst auslieh, acht auf ihn Schließer!“ Am Schluss seiner Rede wandelte Gesell diese Stelle ab: „Sie sehen meine Herren, dass es nicht so leicht ist, hier unparteiisch als Anwälte einer verschuldeten Republik zu richten. Sie können doch unmöglich zugleich für Shylock und für seine Schuldner eintreten. ... Ich greife den Zins wirksam an, ich habe die verwundbare Ferse des Kapitals entdeckt. Wenn Sie mich verurteilen, kann Shylock sein Wort wiederholen: „Dies ist der närrische Gesell, der Geld umsonst auslieh. Acht auf ihn, Schließer!“ Alle Spekulanten und Wucherer, Schutzzöllner und Müßiggänger werden Ihnen jubeln. Sie können sich der Liebkosung des Gesindels nicht erwehren. Sprechen Sie mich dagegen frei, so nehmen Sie Partei für den Finanzminister, für die Steuerzahler, für das Proletariat, für die Bauern. Moses, Lykurg, Pythagoras, Licinius, die Kirchenväter werden Ihnen verständnisvoll zunicken, sich zum letzten Mal im Grab umdrehen und endlich die ewige Ruhe finden.“

Gesell drehte in seiner Verteidigungsrede den Spieß herum und klagte Staat und Reichsbank wegen zügelloser Inflation scharf an. Er legte dar, wie mit dem von ihm empfohlenen Freigeld die Wirtschaft und damit die Demokratie zu stabilisieren und der Kapitalismus selbst zu überwinden ist. Die Weimarer Demokraten ließen die Reichsbank gewähren und entschuldeten den demokratischen Staat in einer Rieseninflation und zerstörten mit den durch Arbeit gesparten Vermögen des Mittelstandes das Vertrauen dieser Schichten in den neuen demokratischen Staat.

Das Standgericht bestand aus 3 Zivil- und 2 Militärrichtern, Vorsitzendem und Staatsanwalt. Die Anklage hieß: Gesell habe „mit anderen unternommen, die Verfassung des Bundesstaates Bayern gewaltsam zu ändern“. Auf Fragen des Vorsitzenden, warum er sich als Fremder zugetraut habe, die Finanzen Bayerns zu leiten und ob seine Reformen allein in Bayern durchführbar seien, sagte er: „Meine Aufgabe war es, ein Wirtschaftsprogramm für Bayern und das Reich auszuarbeiten. Bayrische Verhältnisse sind wie in der ganzen Welt. Die Schwierigkeiten sind gleich.“

Dr. Christen „Noch immer erschreckend bleich, aber von furchtloser Angriffslust erfüllt, wie seine funkelnden Augen verrieten“, so Engert, habe den Richtern ein in neun Thesen zusammengefasstes Papier verlesen, das in der Aussage gipfelte: „...**Mit den Methoden der Reichsbank wird die Volkswirtschaft unter einer Monarchie ebenso ruiniert, wie unter einer Demokratie oder einer Räte-Republik. Selbst in einer Räte-Republik konnten wir dem bayrischen Volk aufs beste dienen, wenn Gesell das Steuer der Währung in die Hand nahm...**“

Nach den Zeugenvernehmungen beantragte der Staatsanwalt die Verurteilung Gesells zu 2 Jahren Festungshaft, Dr. Christens zu 1¼ Jahr. Es folgte die schwungvolle Verteidigung Rechtsanwalts Gundelweins, die nach Schilderung der Arbeit der Angeklagten schloss: „...Die Eigenschaften, die diese beiden Männer in sich vereinigt haben, die allein können unserem armen Vaterland wieder aufhelfen.“ In der Verhandlungspause gab sich der Staatsanwalt auf dem Gang im Gespräch mit dem Verteidiger überzeugt, dass Gesell verurteilt würde. Nach kurzer Beratung sprach das Gericht Gesell und Christen **einstimmig - kostenfrei - frei!** Engert schrieb dazu: „Man konnte sich bei dieser Urteilsverkündung des Gefühls nicht ganz erwehren, als habe auch der Gerichtshof durch den Lauf der Verhandlung, den Eindruck gewonnen, vor etwas Überraszendem zu stehen, dem die Zukunft gehört.“

Dieser Text ist die stark gekürzte Fassung eines 8-seitigen Beitrages zur 90. Wiederkehr der libertären Münchener Räte-republik 2009 in der gleichnamigen Zeitschrift der Bürgeraktion A3W-ALTERNATIVE DRITTER WEG.

Die Langfassung ist zu 2,50 € + 1,50 € Versand zu beziehen: Georg Otto, Gänseberg 11, 31079 Sibbesse. Mail: aiternative-dritter-weg@web.de. Internet: www.alternativen.biz. Ab 5 Ex. je € 2 + 1x Versand bis 500 qr, bis 1000 gr € 2,60. bis 2000 gr € 4,80 Inland nach Post-Preisen 1. 7. 2018 .

Das im Text erwähnte Buch Rolf Engerts „Silvio Gesell in München 1919“, 136 S. gibt es noch 1x zu € 21,50. Gebrauchte Ex. können gern portofrei gespendet werden zur Weitergabe gegen Spenden für unsere pro-Gesell-Arbeit. Das gilt auch für andere Schriften aus dem Bereich der NWO. z.B: „Wirtschaft als Drangsal“ des enql. Großkapitalisten Cartwright Vincent Vickers, der auf dem Totenbett eingestand: „Dieses Finanzsystem und Demokratie sind unvereinbar - bisher musste Demokratie der Finanzherrschaft weichen“ Unsere Konto - auch für Spenden, die wir für Werbesendungen an Parteien, Mitglieder des Bundestages dringend brauchen - auch für Anzeigen, z.B. In der TAZ, die GESELL-Positionen noch nicht bringt. IBAN: DE07 2501 0030 0250 0423 03 BIG PBNKDEFF Voreinsendung erleichtert die Arbeit, auch in Briefmarken.

Werner Onken. Dipl.-Ökonom, Redakteur der auch an Gesell orientierten „ZfSÖ - Zeitschrift für Sozialökonomie“ veröffentlichte soeben „Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik - Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanz-Wesen im April 1919“. 107 Seiten – 16 €. + 1x Versand. Bezug durch A3W. Allein die 10 Seiten Literaturquellen aus denen W. O. schöpfte, verdeutlichen den hohen Informationsgehalt seiner Arbeit. Ich schlage willkürlich die Seite 96 auf und finde: "Immerhin sind die Reformansätze des jahrzehntelang gering geschätzten „Schrumpfgeldexperten“ (Holger Gertz) aus dem früheren Münchener „Volksfinanzhaus“ mittlerweile in Führungsetagen von Zentralbanken angekommen. Hoffentlich führt das dazu, auf das in München große Wert gelegt wurde, die Öffentlichkeit über Währung aufzuklären und eine internationale Verständigung über eine gerechte Welt-währungs- und Ressourcen-Ordnung anzustreben." Lesen Sie dazu in dieser Nr. 85 die 2 Seiten über das „Schwundgeld“, das, wie der Begriff „Schrumpfgeld“ nicht nur von NWO-Gegnern abwertend, sondern auch ernsthaft weiterführend benutzt wird, wie in „Schwundgeld“ von der SZ-Süddeutsche Zeitung und von der Frank-furter Allgemeinen bereits vor 3 Jahren. Auf S. 96 werden zwei wichtige Fragen angesprochen, die in dieser Nr. 85 im liberalsozialen 10-Punkte-programm verdichtet im Punkt 8 „ökosoziales Bodenrecht und internationaler Bodenfonds zur Verwaltung der Rohstoffe der Erde“ und ausführt, in früherer Nr. als 6-seitiger Sonderdruck zum Bancor-Plan des enql. Schatzkanzlers J.M. Kevnes zur Bretton-Woods-Konferenz 1944 aus der Feder von Jörg Gude (2. Vors. der SG-Sozialwissenschaftliche Gesellschaft) dargestellt wird. Jörg Gude erinnert auch, dass Silvio Gesell mit seinem IVA-Vorschlag - internationale Valuta Assoziation Pate für Keynes Bancorplan war und schon in München eine internationale Währungskonferenz vorbereitete. Diese 6 Seiten mit einem Bild von Keynes, gibt es dann zu € 1.50 - als Beilage zu weiteren Bestellungen, z.B. ein von Helmut Creutz zusammengestelltes Blatt mit Zitaten von Keynes, mit denen er Gesells Vorschläge eines nicht rostenden Geldes zur Überwindung des Kapitalismus anerkennt und auf der Rückseite entweder das 10-Punkteprogramm oder für alle, die von der guten alten DM träumen und sie wieder haben wollen einen Text dazu, wie schlecht die DM hinsichtlich ihrer Kaufkraft, der Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und des arm - reich Gegensatzes wirkte. Beides zusammen ist auch einen halben Euro wert und kann, wie es in München von Gesell, Dr. Christen und Prof. Polenske versucht wurde, vom Mann auf der Straße, mindestens in der 2. und 3. unteren Volksbasis verstanden werden.

Onken geht im Bereich von S. 94 - 97 mehrfach auf auf US/engl. Ökonomen ein, die in jetziger Weltfinanzkrise 2008/09 erst anfang. So sprach W. Buitter von einem „Gesell-Geld“, G. Mankiw in der „New York Times“ unter Bezug auf Gesell, dass sich die Welt an „negative Zinsen gewöhnen werde, wie einst die Mathematik an negative Zahlen.“ Der frz. Ökonom Coeuree erinnerte in der EZB-Konferenz 2014 an Keynes und Irving Fishers Eintreten für Gesell und fragte, „ob Gesell ein geldpolitischer Prophet oder ein monetärer Sonderling war“, was noch zu entscheiden ist. 2016 erwähnt der 2. Leiter der US-Notenbank. Stanley Fischer, auf einer Tagung, dass „unsere Kollegen in Europa uns jetzt helfen, frühere Diskussionen über Negativzins von Kevnes, Fisher, Hicks und Gesell ins Gedächtnis zu bringen. Kenneth Rogoff, Harvard-Ökonom, früher IWF, nennt den „Querdenker Silvio Gesell“ einen Vorläufer der Geldpolitik mit negativen Zinsen. Onkens Buch über Gesells Wirken in der Räterepublik Bayern ist nicht nur historisch interessant, hilft uns nicht nur in Diskussionen mit LINKEN, sondern auch in wissenschaftlichen Kreisen.

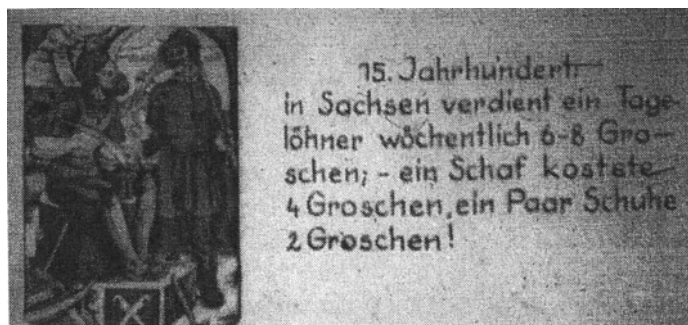
Werte Leserinnen! Danke für Ihr Durchhalten auch bei der letzten Seite. Mein Computer spielte wieder mal verrückt oder ich war mit meinem Computerlatein wieder mal - am Ende. Letztlich, als auch mein Sohn aufgab, half seine Partnerin Nina Wojan aus der Klemme - auch mit den Bildern des Münchener Dreimännerbundes Dr. Theophil Christen. Prof. Karl Polenske und Silvio Gesell, der in den Apriltagen 1919 vielen Münchenern bekannt wurde, denn ihr Hauptquartier, Christens Wohnung, war nicht weit vom Finanzministerium am Wittelsbacher Platz.

Georg Otto

DRITTER WEG der BRAKTEATEN des HOCHMITTELALTERS zwischen FEUDALISMUS und KAPITALISMUS

DIA-Vortrag über eine erdachte "DU-Deutschland Union" im Hochmittelalter als Vorbild für die überfällige Reform des EURO als Grundlage der Lebensfähigkeit eines entbürokrati-sierten, aber demokratisierten Europas, in der die Menschen der Regionen die Gestaltung ihres Lebensumfeldes übernehmen und den Zerfall der EU in nationalistische Einzelstaaten verhindern, gehalten im Rahmen der Jahresversammlung des Tauschrings in Sibbesse.

Erzbischof Wichmann von Magdeburg führte ab 1152 bei der Umwandlung von Naturalsteuern in Geld ein Geld ein, das ihm mühelosen Einzug der Steuern sicherte, indem er 2mal im Jahr Geld umprägen ließ. Dabei gab er für 4 alte Pfennige 3 neue zurück, 1 Pfennig wanderte als Staats- und Kirchensteuer in seine Kasse. Jede, jeder, auch Staat und Kirche hatten nur 1/2 Jahr Zeit zum Ausgeben des Geldes. Der Geldkreislauf wurde geschlossen, die Wirtschaft kam in Gang, immer kräftiger als 1/2 Jahr vorher. Fast alle hatten davon Vorteile. Zuerst die Städte, die um über 1000 im 13. Jahrhundert gegründet wurden, dann das Umland. Dort entliefen die Jungbauern den Feudalherren: Statt unbezahlte Frondienste für den Herrn, arbeiteten sie bei steigenden Löhnen als Handlanger beim Bau, als Kulis in den Häfen. Konnte sie der Fronherr in Jahresfrist nicht ermitteln, verlor er sein Recht auf sie. Wollte er sie mit Gewalt zurückholen, wurden die Städte geschlossen. Die Handwerker und die Neuen verteidigten die Stadt. Die Neuen, spätestens die Kinder, wurden Bürger der Stadt: Stadluft machte frei! Weitere Folge: Die Blütezeit der Hanse und der süddeutschen Städtebünde, die Hochkultur der Gotik mit hohem Lebensstandard sicherten immerhin den sozialen Frieden.



Es gab wenige, die Nachteile hatten: Unter Druck stetig umlaufenden Geldes, brachte Geldverleihen weniger Zins, regional verschwand er. Das passte wohlhabend gewordenen Händlern nicht: Fugger, Welser, Höchstetter setzten in ihren Städten den „ewigen Pfennig“ durch, der wieder zu horten war, um Zins zu erpressen! Um 1500 hatten sie mit der wirtschaftlichen Macht politische Macht und finanzierten die Wahl von Päpsten und Königen, so Karl I. von Spanien zu Karl V. von Deutschland gegen Franz I. von Frankreich: Luther erlebte diesen Wandel zur großen Krise mit Verelendung der Bauern, Handwerker, Gesellen und Kriegen gegen Fürsten und Kapital. In Eisenach informiert eine Tafel neben dem Denkmal Johannes Bachs vom Aufstand der Zinsknechte 1525. Luther schrieb im Brief an den christlichen Adel deutscher Nation 1520: „...stah der Zins noch 100 Jahre, reißt es als Wehrwolf alles an sich. Deutschland bleibt kein Pennig. Wir müssen uns gegenseitig auffressen“, was 100 Jahre später im 30-jährigen Krieg geschah.

Die Bilder sind aus Adolf Damaschkes „Geschichte der Nationalökonomie“ Bd. 1. Sie zeigen einen Münzmeister, die im Umherziehen meist kleineren Münzherren ihre Künste anboten. Ihre Hauptarbeit bestand in der Gestaltung des Münzbildes, die Waage ist für das Münzgewicht, der Hammer zum Schlagen auf den Münzstempel mit Münzbild auf das weiche Metall. Daher wurde bei der Abrechnung mit dem Münzherrn der Überschuss zwischen alten, ungültigen 4 Pennigen und den ausgegebenen 3 Pennen auch Schlagschatz genannt. Der Brakteat in der Mitte ist die Hochzeitsmünze Heinrich des Löwen, mit Margarete von England. Der zerbröselte Rand ist die Münzabnutzung beim raschen Umlauf des Geldes. Das Bild rechts zeigt den hohen Lebensstandard ungelernter Handlanger. Davon gibt es im Vortrag aussagekräftigere Bilder, so von hohen Spenden von Schusterknechten als Fachkräften für ihre Stadtkirche und eine Spende der kräftigen Kohle- und Sackträger des Hafens in Danzig für die Marienkirche.

Ich habe die 12. Auflage von 1920 ohne Bilder. Wer weiß, in welcher Bibliothek die bebilderte Auflage steht, informiere mich bitte! Die Aufnahmen machte Yvonne Kaerger beim Vortrag. Der anonym gebliebene Spender, der mir die DIA-Reihe in den 50er Jahren schickte, wußte, dass sie bei mir als Geschichtslehrer gut aufgehoben ist. Das Problem ist, die Reihe in heute technische moderne Form zu übertragen, dass sich an Vorträgen damit Interessierte von mir darin in regionalen Treffen ausbilden lassen und solche Treffen zu organisieren. Viel Zeit ist dazu nicht mehr. Immerhin wurde ich im vorigen Jahr 90 Jahre jung. Also bitte melden. Aus wichtigerem Grund ist Weiterverwendung der Serie nötig: Bei manchen Leuten geht das gesprochene Wort in das eine Ohr hinein und aus dem anderen heraus. Unterstützung durch Bilder festigt das Gehörte; es ist "anschaulicher". Nun gibt es eine umfangreiche Literatur von Einführungs- bis theoretischen Büchern, die die Theorie Silvio

Gesells über eine krisenfreie und ausbeutungsfreie Wirtschaft erklären. Oft wird übersehen, dass es im Mittelalter eine solche Wirtschaft gab. Manche wissen es nicht, weil sie in Schule und Hochschule davon nichts erfuhren. In meiner aktiven Lehrerzeit gab es ca. ½ Dutzend Lehrer, die in ihren Unterricht diese Information einarbeiteten. Das ist nicht nur in Geschichte, Wirtschaft, Religion, sondern auch in Mathematik, Naturwissenschaften und Wertekunde möglich. Der entscheidende Grund über diese Zeit zu informieren ist, dass mit dem Umlaufgeld des Erzbischofs bewiesen wurde, dass ein Geld mit Umlaufsicherung/Umlaufzwang überhaupt funktioniert und langfristig die Ergebnisse verwirklicht, die Silvio Gesell von einem umlaufgesichertem Geld erwartete, das er Ende des 19. Jahrhunderts aus der Praxis als Einfuhrkaufmann medizinischer Geräte aus Europa nach Südamerika entwickelte, um in den Inflationen und Deflationen Südamerikas immer richtig zu entscheiden. Aus dem aus eigenem Interesse forschenden Kaufmann wurde so ein Sozialreformer, der mit seiner Soziallehre die Menschheit zu einem besseren Leben helfen kann. Ähnlich erging es Erzbischof Wichmann, der nur an seine Steuereinnahmen dachte, als er ein Geld herausgab, das nicht mehr hortenbar war und sich daraus unbeabsichtigt die 300-jährige Hochkonjunktur und Hochkultur der Hanse und Gotik als dritter Weg zwischen Feudalismus und Kapitalismus ergab.

Das Geld des Erzbischofs ab 1152 löste den Feudalismus in einem DRITTEN

WEG zum Geldkapitalismus um 1450 auf. (Dr. Racek „Befreiungsphilosophiedes Geldes“). Trotz Zersplitterung der Staats- und Währungsheheiten in freie Städte, nur dem Kaiser Untertan, Grafschaften, Herzogtümer, Abteien, Bistümer, Erzbistümer, so dass es alle 50 km anderes Geld gab, dehnte sich das Umlaufgeld von Magdeburg, Bistum Halberstadt, Fürststabe Quedlinburg in alle Richtungen aus, noch vor 1200 Braunschweig, Lüneburg und alle Ostseegründungen Heinrich des Löwen, im Westen Goslar, Hildesheim, Hannover, nach Norden Gelle, Lüneburg, Hamburg, Bremen. Mit dem Magdeburger Stadtrecht wanderte es weit in den Osten ins Erzbistum Gnesen. Im Süden prägten kaiserliche Münzstätten unter Friedrich I. Geld als Brakteaten, wie das Wichmann-Geld genannt wurde. Der Name bedeutet „breken = brechen, weil die einseitig geprägten Münzen gebrochen wurden, um geringwertige Waren in die Märkte zu holen und braktea = dünnes Blech. Bei kurzen Geldumläufen wurde Edelmetall ausgeschaltet, das für Fern- und Luxushandel blieb. Friedrich I, der Rotbart, stützte sich bei den Kriegen gegen Papst nicht nur auf Kanzler van Dassel, auch auf Wichmann. Als im Norden um 1500 das Geld schon wieder herrschte, wehrten sich Österreichs Städte gegen das Zinsgeld „dass für Land und Leute kein gemeyner nucz nicht mag gesein, sondern Ursach verderblicher Schäden mannicheins“ (Dr. Racek) Das Bild zeigt einen der vielen Wichmann - Brakteaten.



So unterschiedlich die Interessen in Deutschland mit minderten Währungen und ihren Wertsetzungen durch adlige, geistliche und bürgerliche Münzherren waren, durch die sich in den Märkten nach Angebot und Nachfrage bildenden Umtauschkurse führte das im Süden, Norden oder Osten zu anderen regionalen Schwerpunkten: Einheitlich gab es in ganz Deutschland durch das Umlaufgeld geschlossene Wirtschaftskreisläufe, verbunden durch freie Kursbildungen zwischen den Freihandelsgebieten. Soweit Schutz der Handelswege notwendig war, sorgten Städtebünde dafür, ohne dass es gesamtdeutscher staatlicher Vereinbarungen bedurfte, die wegen politischer Gegensätze kaum zu erreichen waren, was sich zw. Kaiser und Heinrich d. Löwen zeigte. Heinrich setzte seine Ritter zur Erwerbung neuer Gebiete an der Ostsee ein, verweigerte dem Kaiser die Heeresfolge, so dass dieser die Schlacht gegen Papst und italienische Städte verlor, an dessen Seite Wichmann mit dem Schwert kämpfte. **Unabhängig davon sorgte das Umlaufgeld, für annähernd gleiche Sozialstandards in dem politischen Gebilde das man eine „DU - deutsche Wirtschaftsunion“ nennen könnte, was heute weder durch Verfassungsgebot in Deutschland West und Ost erreicht wird, noch durch den falsch konstruierten EURO, der durch seine Hortbarkeit in Europa den Zins als Einkommen ohne eigene Arbeit für eine Minderheit von höchstens 15% „GELDARISTOKRATEN“ aus der Arbeit von ca. 85% der Europäer erpreßt.** Das verschärft Gegensätze in Europa, dass ein Rückgriff auf das im Mittelalter erfolgreiche Umlaufgeld, vor 150 Jahren modern von Silvio Gesell weiter entwickelt, den Zerfall in sich bekämpfende Nationalstaaten entsprechend mittelalterlichem Vorbild verhindern kann. Noch stehen wenige Ökonomen auf Seiten Gesells. Doch sie werden mehr, sogar in Deutschland. Das zeigt der Aufruf „Stabile Währung durch Geldhaltegebühr“, jetzt die Aktion „Bodensteuer Zeitgemäß“. Unter früheren wissenschaftlichen Unterstützern Gesells ragte einer hervor: **„Gesell ist nicht zu widerlegen, sondern nur abzulehnen“.**
Georg Otto

Nachruf: Die eben genannten Zahlen, wer vom Zins profitiert und wer draufzahlt, wurden vom Philosophen Richard David Precht IBN in dem Buch bestätigt, in dem er sich mit dem Wunsch vieler Menschen auseinandersetzt Gutes tun zu wollen und warum das oft scheitert. Den Titel habe ich vorgestern über „ausschneiden“ in Reserve gespeichert und der jetzt gesperrt wird. Dort sagt Precht, dass 80% vom Zins benachteiligt werden, 10% Nutznießer seien und sich die Rechnung bei 10% die Waage halte. Und er fügt hinzu: Dass das nicht so weitergehen kann, ist wohl klar!

Das deckt sich mit Helmut Creutz, der in einer Graphik bei 10 mal gleich großen Haushaltsgruppen bei 8 Gruppen ein Zinsminus, bei der 9. Gruppe in der 1. Hälfte noch ein geringes Minus, in der 2. Gruppe ein Plus und erst in Gruppe 10 ein steigendes Plus in Millionenhöhe und beim letzten Zehntel davon steigende Milliardenzahlen in graphisch nicht mehr darzustellenden Größen feststellt.

Dr. Raceks „Befreiungsphilosophie des Geldes“, 268 S. kostet € 24,- Karl Walkers „Das Geld in der Geschichte“ Schwerpunkt Brakteaten, 196 S. Großformat € 24,-, beide mit Versand alternativ-dritter.weg@web.de / a3w 31079 Sibbesse, Gänseberg 11

EUROPA jetzt erneuern und es nicht von seiner SUPERBÜROKRATIE und in der schwersten Krise des FINANZKAPITALISMUS nicht vom KAPITAL und dem fehlerhaft gestrickten EURO ersticken lassen!

Natürlich geht es auch um unser Volk in Gleichberechtigung aller Völker - und nicht nur Europas - ja aller Menschen. Ein unmögliches Unterfangen?

Gewiss, wenn wir die begrenzten Möglichkeiten bedenken, in die uns alle das System zwingt - das nicht dem Wohl aller dient, sondern als Klassensystem die Menschen spaltet in Ausbeuter und Ausgebeutete, in Beherrscher und Beherrschte. Auf der einen Seite sind es ca. 10% der Menschen, auf der anderen Seite ca. 80% und 10% schlagen sich je nach eigener Wertung auf die eine oder andere Seite, als Kritiker oder als Erhalter des Finanzsystems.

Vincent Cartwright Vickers, Finanz- und Rüstungskapitalist, in der für Weltkrieg I wichtigsten Zeit von 1911 bis 1919 Gouverneur der Bank von England, Zentrale des Weltkapitalismus, diktierte seiner Tochter auf dem Totenbett das Buch „Wirtschaft als Drangsal“. In ihm schrieb er u.a. „Dieses Finanzsystem und Demokratie sind unvereinbar. Bisher musste immer die Demokratie dem Finanzsystem weichen.“

Es geht also um die Überwindung des bisherigen Geldsystems, das die Menschen im Interesse des Geldkapitals bei einem Minimum an Entfaltungsmöglichkeiten „begrenzt“.

Was bedeutet dies in der konkreten Situation Europas, zu Beginn 2019, in der „der soziale Frieden bedroht ist, wenn es Regionen gibt, in denen in dieser Gemeinschaft jeder zweite junge Erwerbsfähige keinen Job findet“ wie es der franz. Ex-Präsident Francois Hollande vor dem Europäischen Gipfel zum 7-Jahres-FINANZRAHMEN der EU 2014, sagte.

Heute steht EUROPA in der zweiten Weltkrise des FINANZSYSTEMS mit allein 16-20 Mill. Arbeitslosen vor anscheinend unlösbaren Problemen. Dabei jagt eine EUROKRISE die nächste und treibt über teuer zu verzinsende Rettungsschirme die Völker in immer größere Schulden. Allein bei uns mit zwei Billionen EURO, die jährl. durch die ZINSEN um ca. 100 Milliarden wachsen!

Ausführlich in „Von EUROKRISE zu EUROKRISE stolpern“? (8 Seiten)

Dabei geht es uns „besser“ als im übrigen EUROPA. Durch den falsch konstruierten EURO konnten sich die „schwächeren“ Länder nicht mehr gegen die deutschen Exporte durch Abwertungen wehren und wurden in immer stärkere Defizite gestürzt. Gerade unsere Regierung zwang sie in den EU-WÄHRUNGS-KONFERENZEN zu immer rigoroseren SPAR-PROGRAMMEN. Schon jetzt bröckelt die KONJUNKTUR in Griechenland, Zypern, Portugal, Spanien. Das greift auf Italien und Frankreich über. Die Verarmung dort „bedroht“ unsere „ÜBER“-Exporte!!! Und unseren Scheinwohlstand !!! Letztlich unsere Restdemokratie, die in der vom Finanzkapital „begrenzten Demokratie“ noch möglich ist.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wir müssen Europa währungspolitisch neu ordnen: Gehört dazu Hollandes „konsequente Wechselkurspolitik, denn es könne

nicht sein, dass der Kurs der Gemeinschaftswährung frei nach Belieben der Finanzmärkte, schwankt"? Oder kann die Kursbildung erst dann dem Markt überlassen werden, wenn unter einem „UMLAUF- oder fließendem Geld." sich auch der letzte EURO dem Markt anbieten muss und nicht - wie die Bundesbank für 2008 im Junibericht 2009 eingestand, „**sich 55 - 65% aller EUROS durch HORTUNG spekulativ den Märkten entzogen" und vor allem im Süden und Westen, die Wirtschaften lahmten.**

Was Hollande, Kolleginnen und unsere Spitzenpolitiker noch nicht erkannten, sind folgende liberal soziale Positionen aus der NWO-Küche Silvio Gesells:

1. die Menschen der Regionen Europas erhalten das Recht über die Grenzen hinweg neben dem die Staaten verbindendem EURO regionale umlaufgesicherte Geld- und Tauschsysteme einzuführen. Sie gestalten die Regionen nach geographisch-klimatisch, kulturell-geschichtlichen Kriterien. In großen Staaten bilden sich durch Freigabe schöpferischer Kräfte viele Regionen, oft über die Grenzen hinweg, z.B. am Rhein, an der Oder, in Nord- und Südtirol, im deutsch-tschechischen Erzgebirge, in Wallonien und Flandern. So entsteht statt bürokratisch-zentralistischer Einheits-EU ein libertäres Europa, in dem die Menschen dies frei gestalten. **Dazu eine ermunternde Nachricht:** Im Baskenland, halb in Frankreich, halb in Spanien haben die Leute ihr eigenes REGIO-Geld, das in der Region umläuft. In der Normandie meldet die Züricher Zeitung Vorbereitungen, für die der WIR aus der Silvio Gesell Schule Pate ist. Auf Sardinien läuft der SARDEX nach dem Vorbild von Wörgl bereits um. Dort wurde mit einem Freigeld nach Silvio Gesell in der 1. Weltwirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit um 25% gesenkt, während sie weltweit stieg. WÖRGL wird in der jetzigen Krise des Finanzsystems bes. von anglo-amerikanischen Ökonomen immer mehr als Vorbild für den Süden entdeckt. Die A3W-Zeitschrift 80/2015 informierte darüber, über den SARDEX, Wörgl, den 3. Weg des Hochmittelalters mit dem UMLAUF-GELD Erzbischof Wichmanns v. Magdeburg. Gegen Spende anfordern, auch den 8-Seitentext!

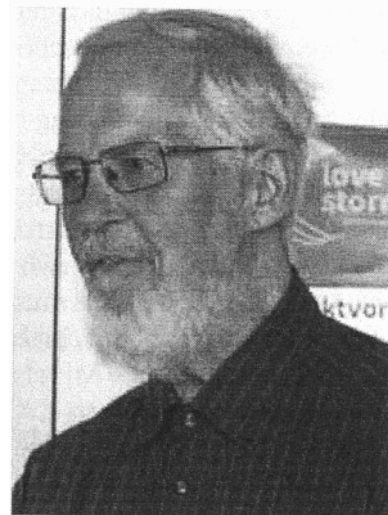
2. Statt immer neue EURO-Überwachungssysteme, den EURO endlich u m l a u f - s i c h e r gestalten. Dann brauchen wir die geplanten Behörden für Versicherungen, Banken, und Wertpapiere nicht, koordiniert durch einen EZB-Rat für Systemrisiken, dem grüne EU-Abgeordnete eine ALLFINANZAUF SICHT überstülpen wollten, „um sie aus einem GUSS zu überwachen, denn angesichts billionenschwerer Finanzkonglomerate wirke diese dreier Aufsicht anachronistisch" (Lexikon: „Beibehalten veralteter Gebräuche") Der Ausbau zentralistischer Strukturen in einer Zeit, die nach dezentralen Lösungen schreit, passt wie die Faust aufs Auge. Für Lösungen wie Wörgl setzten sie sich noch nicht ein, obwohl im Programm 2009 an einer Nebenstelle Regiogeld zu fördern ist. Der Bundesvorstand setzte alles ein, den LISO-Geld-Antrag für den Bund und Europa im Parteitagssplenium zu s p e r r e n ! Das Programm 2021 soll jetzt von der Basis erarbeitet werden. Ihr werden jetzt die liberalsozialen Geld-Boden-Steuervorschläge über den neuen Vorstand zugeleitet.

Sind unsere Vorschläge für ein freiheitliches Europa, für ein ökologisch-dezentrales Europa, in dem die Herrschaft des Geldes mit umlaufendem Geld Schritt für Schritt abgebaut und durch die Selbstbestimmung der Menschen ersetzt wird, nicht eine der wichtigsten Aufgaben, für die uns der Europäer Silvio Gesell mit seinem weltoffenen Kulturverständnis, von der Mutter her wallonisch-französisch geprägt, vom Vater her im preußisch-deutschen Arbeitsverständnis aufgewachsen, so dass er in jungen Jahren trotz Krisen und Inflationen Südamerikas als Kaufmann einen durch eigene Arbeit begründeten Wohlstand aufbaute und der Menschheit die Wege zu einer von Krisen, Ausbeutung und Inflation freien Sozialordnung zeigte. Wäre das nicht die Grundlage es den Menschen und Parteien in Europa zu sagen - auch bei Europawahlen?

A3W, 31079Eberholzen,Gänseberg 11, alternative-dritter-weg@web.de nachdrucken,verbreiten, übersetzen!

Roland Vogt - Ein Urgestein der pazifistischen Bewegung

Roland Vogt (17. 2. 1941 - 20. 5. 2018), Pazifist und GRÜNER der ersten Stunde verstarb zu Pfingsten im Alter von 77 Jahren. Einige von uns hatten die Freude, ihn - schon von schwerer Krankheit gezeichnet, aber so diskussionsfreudig wie immer - auf der Jahrestagung des BSV, Bund für Soziale Verteidigung im April 2018 in Braunschweig zu treffen. Soweit aus dem Nachruf Christine Schweizers vom BSF.



Für die GRÜNEN, bzw. die GLU-GRÜNE LISTE UMWELT-SCHUTZ lernte ich Roland auf einer der vielen Vorbereitungstreffen zur Bildung einer ökologisch/friedenspolitischen Teilnahme an der Europawahl 1979 in Vlotho kennen. Ich hatte ihn und Petra Kelly als Kandidaten für diese Liste als Vorsitzender der GLU, einer der Gruppen, die diese Liste bilden wollten, vorgeschlagen. Andere Gruppen waren die Aktionsgruppe Unabhängiger Deutscher/AUD, damals schon auf friedenspolitischem Kurs, die GAZ/GRÜNE AKTION ZUKUNFT des bisherigen CDU-Abgeordneten Dr. Herbert Gruhl, GRÜNE LISTE Schleswig-Holstein und die IFU/Internationale Freie Universität von Joseph Beuys. Für die GLU war ich im Satzungsausschuss der neu zu bildenden Liste, die als DIE GRÜNEN im März 1979 in Frankfurt gegründet wurde. Uns war es damals wichtig die tausende von Umweltinitiativen mit ins Boot zu holen, die sich im BBU - Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz verbündet hatten, deren Vorsitzende Petra Kelly und Roland Vogt waren. Im Niedersachsenwahlkampf Anfang Juni 1978 erlebten wir als GLU, dass wir ohne Mithilfe der bei uns schon mehrere Hunderte Bis die 99x100 Unterschriften je Wahlkreis in kurzer Zeit von 7 Monaten von der Kreistagswahl Hildesheim Ende Oktober 1977 nicht geschafft hätten. Wir selbst konnten als liberalsoziale GLU Hildesheim außer den eigenen 4 Wahlkreisen nur wenige Wahlkreise wie Holzminden, Goslar, Seesen, schaffen.

Im BSV-Nachruf, den wir teilweise ergänzen, heißt es dann: „Roland Vogt, der bei Theodor Ebert am Otto Suhr Institut" der Freien Universität Berlin", leider einige Jahre nach meinem dortigen Studium ab Gründungssemester Sommer 1949 „über soziale Verteidigung in der Tschechoslowakei 1968 seine Diplomarbeit schrieb, war er einer der Gründerinnen der westdeutschen GRÜNEN. Er und Petra Kelly waren die bekanntesten Pazifisten in der jungen Partei und stritten lange dafür, dass die Konzepte von Gewaltfreiheit und Sozialer Verteidigung politische Inhalte blieben - wie man weiß, leider letztlich vergeblich. 1983 bis 1984 war er Mitglied im Bundestag, bis er hinaus rotierte - damals wollten die GRÜNEN noch sichern, dass sich keine Berufs-Abgeordneten etablierten.

Dem BSV war Roland von Anfang an verbunden. Er gründete ihn mit, war ein Weile Vorsitzender, unternahm mit Christine Schweizer eine der ersten Reisen in das, was 1991 noch Jugoslawien war, und fuhr mit Theo Ebert, Kurt Südmersen und anderen ins Baltikum, um dort Gespräche über Soziale Verteidigung zu führen. In den letzten Jahren arbeitete er im dem BSV verbundenen Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung mit. (www.ifgk.de) Roland drängte immer wieder darauf Soziale Verteidigung zu stärken. Im frühen BSV kämpfte er für ein Ministerium für Abrüstung, Soziale Verteidigung und Konversion von Kriegsindustrie zu Friedensproduktionen und setzte sich auch immer für ein „Friedensprojekt Europa" ein. Erfahrungen mit Konversion machte er dann ab 1991 in Brandenburg, wo er in der Verwaltung die Liegenschaften der abgezogenen sowjetischen Streitkräfte abwickelte." In dieser Zeit kam ich wieder mit ihm in Kontakt und traf ihn auf Bundesdelegiertenkonferenzen der GRÜNEN im Berliner Raum, bei denen es 2013 um Anträge für die liberalsozialen Geld-,Boden- u. Steuerreformen ging, ohne die Soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie nicht zu verwirklichen sind, die auch die GRÜNEN immer wieder ablehnten. Auch dafür brauchen wir Freunde wie Roland Vogt. Georg Otto

Die Adressen des BSV sind. Schwarzer Weg 32423 Minden - info@soziale-Verteidigung Infos über liberalsoziale Reformen gibt es bei alternative-dritter-weg@web.de

Letzte Seite: Was unbedingt hinein sollte, auch wenn es schon gesagt wurde. G.O.

Dass wir Lösungen vertreten, mit denen nicht nur in unserem Lande Probleme zu lösen sind, sondern weltweit und dass diese Lösung zwar noch von wenigen, aber immer mehr Ökonomen vertreten werden, wurde schon gesagt; auch dass der wesentliche Problemlöser Silvio Gesell vor 100 Jahren als Volksbeauftragter für Finanzen von der 1. Bayrischen Räterepublik vom Arbeiter- und Soldatenrat den Auftrag bekam die sozialen Probleme nach Weltkrieg I durch eine neue Finanzpolitik zu lösen. Dass Gesell seine Lösungen unabhängig von Regierungsformen realisieren wollte, führt jetzt unter Anhängern zu einer Internet-Debatte, in der Tristan Abromeit dies als Illusion bezeichnete. Als extremes Beispiel fragte er, was ist, **„wenn die herrschenden Kommunisten in China, die Freiwirtschaft, eine von vielen Bezeichnungen der Gesellschen Reformen, wie bisher den Kapitalismus als Herrschaftsinstrument entdecken würden?** Es genüge nicht, in einer Zeit, in der es „wieder zu brennen anfängt“, z.B. jetzt durch die Aufkündigung des INF-Vertrages für landgestützte Mittelstreckenraketen, ein gar nicht extremes und von mir eingefügtes Beispiel, genüge es nicht, so T.A. **„auf die Geld- und Bodenreform Gesells zu verweisen, sondern wir müssen nachweisen, wie diese Reformen im Gesamtsystem heilend wirken, wenn wir wirklich zu Demokratie und Selbstorganisation der Gesellschaft kommen“.**

Widersprechen sich nicht beide Aussagen? Die gesellschen Reformen sind ja nicht im luftleeren Raum zu verwirklichen, sondern im **herrschenden Finanzkapitalismus**, den wir mit den Worten eines der mächtigsten Finanzkapitalisten, Vincent Cartwright Vickers, **als unvereinbar mit Demokratie** auf Seite I und im Text zu den Europawahlen, der auch als Flugblatt genutzt werden soll, darstellten. Also müssen wir die **„Heilungswirkungen gesellscher Geld- und Bodenreform so gut wie möglich darstellen**, dass wir zunächst Verbündete finden, mit denen wir eine der stärksten Stützen des Finanzsystems aus der Spitze der politischen Vertretung des kapitalhörigen Deutschlands mit den gegenwärtigen ziemlich undemokratischen Regeln des Finanzkapitalismus, **die seit 50 Jahren mit nur geringen Unterbrechungen regierende CDU/CSU „demokratisch“ entmachten** und zwar für 2-3-4 Parlamentsperioden, in denen wir SPD, GRÜNE, LINKE soweit von der Heilkraft der antikapitalistischen Geld- und Bodenreform überzeugen, dass erste Schritte zu diesen Reformen einzuleiten sind. Zu hoffen ist, dass bereits von Vorreformen z.B. zinsfreien Tauschringen, umlaufgesichertem Regiogeld oder Freilandbodengenossenschaften so **viel „Heilwirkung“ auf das kapitalistische Gesamtsystem ausgeht, dass die Bundesgenossen weitere 4 Jahre bei der Stange bleiben und die Reformen auf das ganze Bundesgebiet ausdehnen und als Mitglied der hoffentlich weiter bestehenden, aber reformierten, EU den heilenden Einfluss auch auf sie ausdehnen.** In anderen EU-Ländern wird auch in diese Richtung von unten gewirkt; wir erwähnten es an Beispielen dortiger Regiogelder. Da bereits von dieser EUROPAAWAHL in vielen EU-Ländern und in der EU selbst ein relativ starker politischer Rechtsruck ausgehen wird, erschwert unser Vorhaben ungemein. Es gilt unsere schwachen Kräfte so gezielt einzusetzen, dass bereits bei der Bundestagswahl 2021 oder früher SPD, LINKE und GRÜNE erkennen, dass Gerechtigkeit Ökologie, Freiheit und Frieden nicht mit CDU/CSU zu erreichen sind, die weiter die gegenteiligen Ziele des Finanzkapitalismus verteidigen, unabhängig welcher kapitalistische Flügel in CDU/CSU das Sagen haben wird und dass als geringstes Ziel eine Minderheitsregierung von SPD, Linken und GRÜNEN über den Grundgesetzartikel 63. 4. gegen die in diesem Punkt vereinigte CDU/CSU und AfD und evtl. FDP durchzusetzen ist, dass Bundeskanzler/in wird, wer in einem dritten Wahlgang die einfache Mehrheit der Bundestagsabgeordneten erhält. Scheitert dies bei der nächsten Bundestagswahl, so kann es vier Jahre später noch schwerer werden und evtl. **längere Zeit kein politischer Wechsel in Deutschland und Europa zu erreichen sein.**

A3W arbeitet daran, dass wie in der gemeinsamen Aktion HALTEGEBÜHR auf GELD, das jetzt ebenso breit an Parteien geht wie der Aufruf GRUNDSTEUERREFORM ZEITGEMÄSS, weitere Gesellgruppen den POLITIK WECHSEL JETZT unterstützen und dass möglichst alle von uns jetzt erreichten Empfängerinnen und Empfänger uns ideell, durch Verbreiten unserer Flugblätter unterstützen und uns finanziell in die Lage versetzen, Bundestagsabgeordnete, Parteien für den POLITIK WECHSEL JETZT und für Reformen des Geld-Bodenrechts zu gewinnen. Benutzen Sie bitte beiliegenden Überweisungsschein; wer mit der Postbank arbeitet auch mein Konto IBAN: DE07 2501 0030 0250 0423 03 BIG: PBNKDEFF Mail: alternative-dritter-weg@web.de — www.alternativen.biz.